



HESSISCHER LANDTAG

22. 03. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Angriffskrieg Russlands bedroht globale Ernährungssicherheit – Nahrungsmittelproduktion in Hessen erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betrachtet die Situation der weltweiten Ernährungssicherheit mit Sorge. Angesichts des Angriffskriegs der Russischen Föderation auf die Ukraine droht die gesamte Ernte in der Ukraine, der Kornkammer Europas, auszufallen. Die weltweite Nahrungsmittelproduktion steht darüber hinaus aufgrund von explodierenden Düngemittelpreisen und rasant steigenden Energiepreisen unter Druck. Auch der Klimawandel trifft die Landwirtschaft mit globalen Veränderungen und Extremwetterereignissen und gefährdet Ernten mit zunehmenden Pflanzenkrankheiten und Schädlingsepidemien. Den europäischen Ländern als hochentwickelte Industrienationen obliegt vor dem Hintergrund drohender Engpässe in Entwicklungs- und Schwellenländern eine besondere ethische Verantwortung.
2. Der Landtag stellt fest, dass zahlreiche agrarpolitische Maßnahmen der EU, Deutschlands und Hessens in den vergangenen Jahren dazu beigetragen haben, tatsächliche Erntemengen immer weiter unter ihre Potenziale zu reduzieren. Demgegenüber hat der technologische Fortschritt der Landwirtschaft mit stetig wachsenden Hektarerträgen dafür gesorgt, dass trotz immer weitergehender politischer Einschränkungen und immer weniger zur Verfügung stehender landwirtschaftlicher Fläche im Durchschnitt weiterhin gute Erntemengen realisiert werden können.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Fraktionen vereinbarte Ziel, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf 25 % bis im Jahr 2025 auszuweiten, neu zu evaluieren. Der weitere Ausbau des ertragschwächeren Ökolandbaus bedeutet weitere Ertragseinbußen und eine Verknappung der Menge auf den Märkten.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Pflicht zur Bereitstellung von Ackerbrachen, die an Zahlungen der EU-Beihilfen für landwirtschaftliche Betriebe geknüpft sind, umgehend auszusetzen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die bestehende Pflicht zur Reduzierung der Stickstoffdüngung unterhalb des festgestellten Pflanzenbedarfs auszusetzen. Diese gilt in den sogenannten roten Gebieten, von denen über 90.000 Hektar der landwirtschaftlichen Nutzflächen Hessens betroffen sind. Damit soll auch der Gefahr eines Qualitätsverlusts bei der Ernte, beispielsweise von Weizen, entgegengewirkt werden. Stattdessen sollen freiwillige und privatrechtliche Vereinbarungen zwischen den Wasserversorgern und der Landwirtschaft (Trinkwasserkooperationen) intensiviert werden. Darüber hinaus ist die Landesregierung aufgefordert, das Nitratmessstellennetz schnellstmöglich auszubauen, um ein verursachergerechtes Bild der Nitratbelastung zu erhalten.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zunächst keine weiteren Beschränkungen des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln zu erlassen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundratsinitiative dafür einzusetzen, Maßnahmen zu ergreifen, die den Selbstversorgungsgrad in Deutschland nachhaltig erhöhen und die Nahrungsmittelversorgung in Deutschland somit unabhängiger von globalen Krisen machen. Darüber hinaus sollte die Initiative Möglichkeiten aufzeigen, die landwirtschaftliche Produktion in der EU kurzfristig deutlich auszuweiten, um eine weitere humanitäre Katastrophe infolge des Ukraine-Krieges abzuwenden. Dazu müssen alle vorhandenen Potenziale zur Erzeugung von Getreide, Eiweißpflanzen und Ölsaaten

EU-weit genutzt werden. Dazu zählt beispielsweise auch, dass die Selbstfolge von Weizen nach Weizen weiter zulässig bleibt. Die Stilllegung von Ackerflächen ist spätestens in der aktuellen Situation einer Gefährdung der globalen Ernährungssicherheit nicht mehr angebracht.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass durch neue Züchtungsverfahren schneller neue effizientere Sorten bereitgestellt werden, die eine ressourcenschonende Produktion ermöglichen, indem sie verbesserte Erträge mit geringerem Wasserbedarf und geringerem Einsatz von Pflanzenschutz- bzw. Düngemitteln ermöglichen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass der EU-Green-Deal und die sogenannte Farm-to-Fork-Strategie vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine neu bewertet werden. Dazu soll eine aktuelle Folgenabschätzung zu Grunde gelegt werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist die ureigene Aufgabe der Landwirtschaft. Sie sollte daher als gleichwertiges Ziel in den Green-Deal aufgenommen werden.

Wiesbaden, 22. März 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock